

FolksValue
Institut für Friedensforschung
Postfach 146

24205 Preetz

Datum: 10.01.2020

US-Botschaft Berlin
Pariser Platz 2

10117 Berlin

An den Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin

S. E. Richard Grenell

Aus aktuellem Anlass wendet sich FOLKSVALUE Institut für Friedensforschung an die zuständigen Botschafter der Besatzungsbehörden in Berlin.

Jahrelange intensive juristische Nachforschungen haben unser Institut in die Lage versetzt, den entstaatlichten Zustand der BR in D durch Fakten zu belegen. Wir stehen in der Pflicht, die Besatzungsbehörden, die rechtsprechende Gewalt sowie die Entstaatlichte Bevölkerung in der BR in D über den offenkundigen Zustand in Kenntnis zu setzen.

Das komplexe Thema in Kurzform von Fakten zur Beseitigung der entstaatlichten Situation.

Die Alliierten Besatzer in der westlichen Besatzungs-Zone

Das Besatzungsstatut, veröffentlicht am 12. Mai 1949 durch die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der drei Westzonen, Amtsblatt der Hohen Alliierten Kommission in Deutschland. No. 1. 23. September 1949, 13 -15.

Die Bundesrepublik in Deutschland und die in ihr zusammengeschlossenen Länder sollten volle gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt nach den Bestimmungen des Militär-Grundgesetzes und der Landesverfassungen besitzen und sind in der Ausübung dieser Gewalt nur den in diesem Statut vorgesehenen Beschränkungen unterworfen.

Die Besatzungsbehörden behielten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierungen die Ausübung der gesamten Gewalt ganz oder teilweise wieder zu übernehmen, wenn sie dies im Interesse der Sicherheit, zur Aufrechterhaltung einer demokratischen Regierungsform oder in Wahrnehmung der internationalen Verpflichtungen dieser Regierungen für notwendig halten.

Im Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung ... (Überleitungsvertrag 1955 Teil II) sind die Organe der BR in Deutschland und in den Ländern gemäß ihrer im Grundgesetz festgelegten Zuständigkeit nur befugt,

von den Besatzungsbehörden erlassene Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern.

Da im Grundgesetz für die BRD keine entsprechenden Zuständigkeiten genannt sind, wurde hiermit zum Ausdruck gebracht, daß den BRD-Organen jegliche Befugnis genommen wurde. **Jede Gesetzesänderung bedarf der Zustimmung der Alliierten, siehe Art. 2 (1) des Gesetzes.**

Artikel 2 (1)

Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder verwaltungsmaßnahmen der **Besatzungsbehörden** oder auf Grund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen und Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach innerstaatlichem deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.

Der Art. 2 (1) besagt, daß die Gesetzeslage wieder auf den Stand vor Genehmigung der BRD zurückgestellt wurde. Es gelten die durch die Alliierten bereinigten Reichsgesetze sowie alle Besatzungsrechte der Alliierten. Weiterhin besteht Kriegsrecht im besetzten Deutschland.

In den Gesetzen zur Bereinigung des Besatzungsrechts blieb der Art. 2 (1) Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages von der Aufhebung unberührt und besteht weiter fort.

In Kombination mit Art. 2 (1) blieb die BMVO Nr. 57 v. 1.12.1946 bis heute in Kraft.

Britische Militär-Verordnung Nr. 57

Verbot der deutschen Länder, über die Staatsangehörigkeit zu entscheiden.

Den Besatzungsdeutschen wurde seit dem 2+4 Vertrag erzählt, die BRD sei souverän geworden, aber das ist falsch. Der US-Präsident D. Trump sprach am 27.04.2018 in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Friedensverträgen mit Deutschland. Der US-Präsident sagte: „Die Kanzlerin war sehr engagiert“. Der 2+4 Vertrag überlagert den Waffenstillstand von 1945 bis zu einem Friedensvertrag.

Weitere Fakten der Alliierten Besatzer in der westlichen Besatzungs-Zone

- 1945 Militärregierung – Deutschland Gesetz Nr. 52, Art. VII – Begriffsbestimmung e)
SHAEF (Tavistock) US Forces, European Theater (USFET). Falsche Legaldefinition:
„Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dez. 1937 bestanden hat.
Richtige Legaldefinition: „Deutschland „ bedeutet das III. Reich (NS-Kolonie) wie es ...
- 1945 US-Direktive 1067
Das Ziel der Besetzung Deutschlands war, gewisse wichtige alliierte Absichten zu
verwirklichen, siehe Vernichtungs-Status UDR = **UDStA** M-GG, NS-Art. 116 (1).
- 1945 Potsdamer Abkommen v. 2. August
Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entspricht, wird verboten.

Nürnberger Militär-Tribunal 1.0 - Völkermord mit der NS-deutschen StAngehörigkeit
Der US-Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen
IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben
sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht
gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Be-
drohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsver-
brecher A. Hitler.

- 1946 **BMVO Nr. 57**
Britische Militärverordnung: Der NS-Status UDR = UDStA blieb weiter gültig.
Britische Militärverordnung Nr. 57, das US-Militär schloß sich der BMVO an:
Verbot der deutschen Länder über ihre Staatsangehörigkeit zu entscheiden.
- 1947 Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland: **Tribunal General**
v. 30. Januar 1933 bis zum 01. Juli 1945 ... NS-Gesetze in ihrer Anwendung verbietet
... die Gerichte, deren vornehmste Aufgabe es ist, in Deutschland eine demokratische
Rechtsprechung wieder herzustellen. Das **TG** hat das NS-Recht aufgehoben.
- 1948 Der ausgebürgerte Herbert Ernst Karl Frahm erwarb als Willy Brandt in Kiel, S-H, die
Reichsangehörigkeit durch Einbürgerung. Damit wurde der Reichsbürger W. Brandt
Bürgermeister in Berlin und Bundeskanzler in der westlichen Besatzungs-Zone.
Die deutsche Reichsangehörigkeit UDR=UDStA ist die deutsche Staatsangehörigkeit.
- 1948 Französische Besatzungs-Zone: Saarländische Staatsangehörigkeit
Verbot der deutschen Staatsangehörigkeit (Besatzungs-Panne bis 1955)
- 1948 Die Menschenrechte der UN sind seit 1948 in Funktion, nur fehlen die Menschen dazu.
Die Deutschen wurden 1945 nach UCC juristische Personen. Die deutschen Soldaten
verloren nach UCC ihr Existenzrecht und starben nach Plan auf den Rheinwiesen.

1949 Amtsblatt Alliierte Hohe Kommission: Erster Teil, Gesetz Nr. 12.
Nichtigkeit von NS-Rechtsvorschriften über die deutsche Zwangs-Staatsangehörigkeit

Ablenkungsmanöver der Alliierten: Entnazifizierung und weitere NS-Infizierung

1949 Militär-Grundgesetz NS-Art. 116 (1) Status **UDR = UDStA** (BMVO Nr. 57)
NS-Art. 16 Verbot der Ausbürgerung
Verbotene NS-Gesetze blieben bis heute gültig.

Artikel 116 (1) entstand aus zwei NS-Gesetzen:

NS-Wehrgesetz von 1935 § 18 und Entwurf eines NS-Kolonialgesetzes 1940 § 3 (2)
Deutscher im Sinne dieses G ist ... , wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

1950 GVG § 15 beseitigt. Die Gerichte wurden Privatgerichte (BMVO Nr. 57)

1955 Überleitungs-Vertrag: Es besteht weiter Kriegsrecht Art. 2 (1)
Das Besatzungs-Statut wurde aktiv.

1958 Bundesverwaltungsgericht Ur. v. 22.05.1958, Az.: BVerwG I C 124.56 (BMVO Nr. 57)
Die Entscheidung des BVerwG über die StAngehörigkeit war ausdrücklich entzogen.

1959 BGBl. Teil III Bereinigung G-Nr. 102-1, Fußnote § 1 und Nr. 102-2 (BMVO Nr. 57)
Die meisten Juristen kennen nicht das BGBl. Teil III für die BR in D.

1975 Die Eigenschaft als Deutscher wurde Status-Deutscher (StAurKVwV) (BMVO Nr. 57)

1990 Der Zwei plus Vier-Vertrag überlagert den Waffenstillstand II. WK 1945
Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117 ISBN 3-486-56360-2:
Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn.

1992 Unionsbürgerschaft (EU-Staatlosigkeit) **U** u **UDR = UDStA** (BMVO Nr. 57)

1999 BGBl. Teil I, S. 1623, Art. 4 Außerkrafttreten bisherigen Rechts (BMVO Nr. 57)
Die Kriegs-List hatte nach HLKO § 24 ihr Ziel erreicht.

2000 NS-Status **UDR = UDStA** Status-**Leiche** (Völkermord)
NS-Art. 116 (1) **UDR = UDStA** Status-**Attrappe** (Völkermord)
NS-Art. 116 (2) Eingebürgert und wieder ausgebürgert (Völkermord)

Verbotene EU-Angehörigkeit

Unmittelbare Unionsbürgerschaft **UU** u **UDR = UDStA** (Völkermord)
Status-**Attrappe**

Der **Dexit** kam vor dem Brexit.

Schreiben von Behörden, Gerichten, Staatsanwaltschaften,
Notarverträge usw. sind mit und ohne Unterschrift ungültig.

- 2002 Internationaler Strafgerichtshof DEN HAAG
Der ICC ist für Staatlose nicht zuständig.
- 2004 Europäisches Übereinkommen über die StAngehörigkeit: Art. 1 für natürliche Personen. Das VG in Schleswig verweigert für juristische Personen die Überprüfung nach dem EUStAÜbk und prüfte nach StAG § 30. Der nutzlose Vorgang kostete 500 €.
- 2005 Zuwanderungs-Gesetz mit Status-**Attrappe** (Völkermord)
- Fakt: Die Status-Attrappe unterliegt nicht der **BMVO Nr. 57**
- Die NS-deutsche Staatsangehörigkeits-Waffe kann nie wieder etwas gutmachen.
- 2007 AGBs der Banken in der BR in D: Haftungsausschluß - Störung des Betriebes
Die Bank haftet nicht für Schäden, ... durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (z. B. Verfügungen von **Hoher Hand im In- oder Ausland**) eintreten.
- 2012 Deutsche Wähler und Gewählte benutzen im Sinne des Art. 116 (1) M-GG die Status-Attrappe. Durch Wahlen etwas zu verändern ist ein Wunschdenken.
- Volksentscheide, Demonstrationen, Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Europawahlen ... sind wegen der Staatlosigkeit nutzlos.
Das höchste Gericht in Karlsruhe erklärte das deutsche Wahlrecht für GG-widrig.
- Der entstaatlichte Wähler kann bei jeder Wahl seine Stimme in einer Urne begraben. Jede Wahl weckt die Hoffnung, etwas zu ändern, auch wenn sie ungültig ist.
Wahlmanipulationen: Stimmzettel gelocht, obere Ecke fehlt, unterschreiben mit Bleistift, Wahlurnen beim Transport durch Kuriere austauschen, Stimmzettel beim auszählen entwerten durch einreißen, durchstreichen, falsch auszählen usw. Die Phantasie kennt keine Grenzen: Wer dafür ist, kreuzt an, ich bin dagegen.
- 2013 AG Husum: Strafanzeige gegen den GVP und den Vorsitzenden
Im Aufruf der Hauptverhandlung wurde die eingereichte Strafanzeige vorgelegt und der Vorsitzende wegen Entzug des gesetzlichen Richters abgelehnt. Das AG Husum konnte den Vorgang nicht heilen. Die nächste Instanz antwortete nicht. Das Verfahren wurde eingestellt und der Angeklagte erhielt seine beschlagnahmten Gegenstände zurück.
- Strafanzeige GVPs führen immer wieder zum selben Ergebnis, da die Gerichte, Staatsanwaltschaften, Bezirksämter usw. mit der Entstaatlichung befangen sind. Wenn der Vorgang in der Öffentlichkeit bekannt wird, kann der gesamte Verwaltungs-Apparat der BR in D außer Funktion gesetzt werden.
- 2014 Der Staatsangehörigkeitsausweis wurde nach Plan als Gelber Schein bezeichnet.
Wer die Gelbe Status-Attrappe beantragt, tritt in die Fußstapfen von Willy Brandt.

Fakten zur Deutschlanderhebung und dem Friedensvertrag mit Deutschland

2009 Umsetzung Artikel 146 aus dem Militär-GG

Urkunde 146: Übergangsverfassung und Staatsangehörigkeit

Versailler Vertrag beseitigen und die Souveränität wieder herstellen.

Die Urkunde 146 ist das Signal, das die Deutschen mit dem US-Präsidenten D. Trump den Friedensvertrag schließen wollen.

2018 US-Präsident D. Trump will den Friedensvertrag mit Deutschland schließen.

Deutschland und seine Bewohner sind wegen der Entstaatlichung nicht in der Lage, den Friedensvertrag mit einer gültigen Unterschrift zu zeichnen.

Besatzungsschäden durch Entstaatlichung im besetzten Deutschland

Abgabe der Strafanzeigen an die US- und Britischen Besatzungsbehörden

Die entstaatlichte Bevölkerung fängt an, sich gegen den Vernichtungs-Apparat zu wehren. Die BRD-Verwaltung ist durch die Entstaatlichung eine nutzlose Einrichtung. Die strafangezeigte entstaatlichte Justiz wird sich nicht selbst verurteilen und ist aus diesem Grund ein Fall für die Militär-Gerichte der Besatzungsbehörden. Die Strafanzeigen werden bei den Botschaften der Besatzungsmächte in Berlin eingereicht und zur Kontrolle in einem Archiv gelistet. Das Außenministerium der Russischen Föderation kann in die Listen der Strafanzeigen einsehen.

Die Botschafter von Frankreich, China und der Botschafter der Russischen Föderation werden in Berlin über den westlichen Besatzungszustand in Kenntnis gesetzt.

Die Botschafter der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches in Berlin stehen als Regierungsvertreter der westlichen Besatzungsbehörden in der Pflicht, im Interesse der internationalen Sicherheit, in Ausübung der gesamten Besatzungs-Gewalt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Mit der Entstaatlichung von über 80 Millionen Menschen wurde am 1.1.2000 die demokratische Grundordnung in der BR in D stillschweigend ausgehebelt. Die Besatzer sind in der Pflicht, den Zustand der Staatlosigkeit zu beseitigen und die verantwortlichen Schwerstverbrecher vor einem Int. Militär-Tribunal 2.0 zu bestrafen.

2009 Das Institut Folksvalue hat pflichtgemäß die Besatzungsmächte in Berlin von der Umsetzung Art. 146 aus dem Militär-GG der BR in D in Kenntnis gesetzt.

Das Institut Folksvalue hat pflichtgemäß den entstaatlichten Zustand der Bundesrepublik in Deutschland an folgende Adressen eingereicht:

2012 W. W. Putin Präsident der Russischen Föderation
2012 Generalhauptstaatsanwalt der Russischen Föderation
2013 W. W. Putin Präsident der Russischen Föderation
2013 Generalhauptstaatsanwalt der Russischen Föderation
2013 HQ BFG Catterick Barracks Bielefeld, Major General John Henderson
2013 HQ EUCOM, Patch Barracks Stuttgart, Commander M. Breedlove
2014 Generalhauptstaatsanwalt der Russischen Föderation
2014 Ermittlungskomitee der Russischen Föderation
2018 Außenministerium der Russischen Föderation
2018 US Peace Council
2018 Int. Strafgerichtshof ICC DEN HAAG
2019 Int. Strafgerichtshof KLWCC
2020 US-Britische Besatzungsbehörde

Kriegslist: Waffe Militär-Grundgesetz

Die Vorgaben für das Militär-Grundgesetz wurden nicht auf deutschem Boden ausgearbeitet, sondern in den USA. Deutschland-Experten an den Universitäten von Wisconsin, Harvard in Amherst, an der New School for Social Research, im US-Kriegsministerium und später im Office of Military Government konstruierten das Militär-Grundgesetz für die besetzte Westzone in Deutschland. Die Väter des Grundgesetzes standen unter Aufsicht der Militär-Gouverneure und hatten sich an die Vorgaben der britischen Vernichtungs-Zentrale Tavistock zu halten. Die Britische Militärverordnung Nr. 57 verbot am 1.12.1946 auch den deutschen Länderchefs über die Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Der NS-Status UDR = UDStA von 1934, blieb durch die Britische Militäranordnung v. 13.3.1946 (312/ Refugees/9501/40), die am 29. Juni 1946 im Amtsblatt für Schleswig-Holstein auf Seite 23 angeordnet wurde, weiter bestehen. Der Art. 116 (1) im M-GG: Deutscher im Sinne (etwas planen) dieses G- Gesetzes ist, ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ... entstand aus zwei NS-Gesetzen. Der NS-Art. 116 (1) infizierte das M-GG weiter mit dem verbotenen National-Sozialismus, während die Deutschen durch das Militärmanöver Entnazifizierung abgelenkt wurden. Die Todespläne Hooton, Morgenthau, Kaufmann usw. wurden durch den NS-Art. 116 (1) überlagert. Am 1.1.2000 war das Ziel von der Vernichtungs-Zentrale Tavistock erreicht. Der NS-Status von 1934 trat mit dem NS-Art. 116 (1) außer Kraft. Die Status-Attrappe UDR = **UDStA** täuscht seit dem 1.1.2000 die Entstaatlichten und die Neuansiedler in der BR. Die BMVO Nr. 57 ist für die Status-Attrappe nicht zuständig.

Die Beseitigung der Entstaatlichung liegt jetzt in den Händen der Besatzungsbehörden. Das Vernichtungs-System der BR in Deutschland ist offenkundig erkennbar durch die oben angeführten Fakten. Das staatlose Deutsche Volk ist von seinem Existenzrecht weit entfernt. Die offenen Grenzen spiegeln den Zustand. Deutsche versuchen mit verschiedenen Methoden, alleine aus dem Vernichtungs-Käfig zu entkommen. Der US-Präsident D. Trump hat mit dem Friedensangebot für Deutschland neue Hoffnungen geweckt. Der Frieden mit Nord- und Südkorea zeigt den Willen des Präsidenten, seine Absichten in die Tat umzusetzen. Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt, mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten den Weltfrieden wieder herzustellen und ihn tatkräftig zu unterstützen. Unser Institut hat die juristischen Nachforschungen beendet und gibt Historikern, Juristen usw. die Möglichkeit, die Entstaatlichung in Deutschland zu überprüfen. Das Ergebnis wird dann zur Kenntnisnahme den o. a. Botschaftern vorgelegt.

Die Deutschen setzen gemeinsam den Art. 146 aus dem Bonner Militär-GG um. Mit der Urkunde 146 wird die Verfassung von 1919 als Übergangsverfassung angenommen und der Kolonie-Status von 1888/1914/19/34 beseitigt. Die verbrannten Kolonie-Status-Begriffe UDR (Unmittelbare Deutsche Reichsangehörigkeit = Unmittelbare Deutsche Staatsangehörigkeit) = UDStA sind zu beseitigen. An ihre Stelle tritt eine Übergangs-Staatsangehörigkeit mit der Bezeichnung „Deutschland“. Die Staaten von Deutschland erhalten mit der Wiederherstellung der Grenzen ihre Souveränität zurück. Das Versailler Reichsgesetz Nr. 6958 (Völkermord UDR) und Art. 110 (Völkermord UDL) des Weimarer Kolonie-Grundgesetzes sind für ungültig zu erklären. Artikel 13 Reichsrecht bricht Landesrecht und weitere Artikel sind ebenfalls zu beseitigen. Der Schritt, den Frieden von 1918 zu erweitern, ist Aufgabe der Siegermächte. Der US-Präsident D. Trump hat durchblicken lassen, den Versailler Vertrag zu beseitigen.

Am Jahresende 2019 hat Wladimir Putin einen umfangreichen Artikel angekündigt, den er gerade vorbereite. Die Überschrift lautet: Die Alliierten Mächte schufen Hitlers Deutschland nach dem 1. Weltkrieg mit einem unfairen Versailler Vertrag. Auf dem GUS Gipfel in St. Petersburg sprach Putin über den Vertrag und seinen Folgen. Der Vertrag endet im Januar 2020. Die Weltgemeinschaft wartet seit 1945 auf den Friedensvertrag mit Deutschland.

2009 wurden die Besatzungsmächte in Kenntnis gesetzt, dass der Artikel 146 aus dem GG umgesetzt wird. Die Umsetzung 146 mit der Übergangsverfassung schafft die Grundlage für ein souveränes Deutschland und seinen Staaten. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, für eine Verfassung abzustimmen, die den nachfolgenden Generationen ihre Existenz sichert. Nur aufgeklärte Staatsbürger erziehen ihre Kinder zum scharfkantigen Denken und Handeln. Staatlosigkeit hat kein Gesicht und wird nur durch ihre Gesetzgebung enttarnt. Die Rechtswissenschaft hat die bloße Tatsache der Staatlosigkeit erwähnt, ohne sich damit näher zu beschäftigen. Unser Institut schließt diese Lücke.

Hiermit stellen die Unterzeichner den Antrag, die Adresse oder die Faxnummer der Amerikanischen Militärstaatsanwaltschaft oder der Amerikanischen Besatzungsbehörde unserem Institut mitzuteilen, die zuständig ist, für die Annahme von Strafanzeigen in der Besatzungszone Bundesrepublik in Deutschland.

FOLKSVALUE

Institut für Friedensforschung

Deutschland - Schleswig-Holstein

am 10. Januar 2020